

Kommunalwahl 2016

Kommunalpolitische Positionen

der niedersächsischen Wirtschaft



Niedersächsische Industrie- und
Handelskammern



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg
Ringstraße 4
26721 Emden
Tel. 04921 8901-0
Fax 04921 8901-33
E-Mail info@emden.ihk.de
Internet www.ihk-emden.de

Bildnachweis

Fotolia.de: Daniel Ernst (S. 1, S. 13), Foto Ruhrgebiet (S. 1),
Mari_art (S. 3), Andrey Arkusha (S. 15), photofang (S. 19),
Jens Schmidt (S. 20), cirquedesprit (S. 21), Ellie Nator (S. 22),
LVDESIGN (S. 26)
Shutterstock.com: SpeedKingz (S. 9), Claudio Divizia (S. 11),
kaband (S. 17), Artalis (S. 25)

Emden, Juni 2016

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher und schriftlicher Genehmigung
der IHK für Ostfriesland und Papenburg.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Betriebliche Ausbildung	6
2. Flüchtlinge	8
3. Kommunalfinanzen	10
4. Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen begrenzen	12
5. Digitalisierung	14
6. Industriestandorte erhalten – Energieversorgung sichern	16
7. Innenstädte und Handel	18
8. Standortmarketing verbessern – Fachkräfte sichern	21
9. Kommunale Wirtschaftsförderung stärken	24



Bitte beachten

Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation bei der Bezeichnung von Personengruppen nur die männliche Form für beide Geschlechter verwendet.

Vorwort

Eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft fördert Arbeitsplätze und Wohlstand für alle in der Region. Die Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg macht sich seit 150 Jahren dafür stark. Mit mehr als 30.000 Mitgliedsunternehmen sind wir die größte Interessenvertretung der Unternehmen vor Ort. Mehr als 150.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind in unseren Mitgliedsbetrieben beschäftigt.

Am 11. September 2016 entscheiden rund 400.000 Wählerinnen und Wähler über die weitere politische Entwicklung in Ostfriesland und Papenburg. Sie, die Kandidatinnen und Kandidaten haben mit dieser Wahl die Chance, die Zukunft der Region mitzugestalten. Aus Sicht der Wirtschaft gibt es viel zu tun:

Masterplan Ems, Bürokratieabbau, Breitbandausbau, Flüchtlingskrise – unser IHK-Bezirk steht in den nächsten Jahren vor großen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, die angepackt werden müssen. Als Vertreterin des Gesamtinteresses der Wirtschaft setzen wir uns für eine Balance zwischen dem Erhalt natürlicher Lebensräume und wettbewerbsfähiger Industriestandorte an Ems und Küste ein. Wir unterstützen Handel und Industrie bei der Digitalisierung der Wirtschaft und bei der wichtigen Weiterentwicklung der Infrastruktur, inklusive dem Breitbandausbau. Hier dürfen Ostfriesland und Papenburg nicht den Anschluss verlieren. In den nächsten Jahren gilt es, nicht nur Schlaglöcher, sondern auch Funklöcher zu stopfen. Unnötige bürokratische Belastungen müssen abgebaut werden, damit unseren Unternehmen mehr Zeit für das Kerngeschäft bleibt und Innovationen vorangetrieben werden können. Beim Thema Flüchtlingskrise stehen wir dafür, den Integrationsprozess zu beschleunigen und zu vereinfachen.



Dipl.-Ing. Wilhelm-A. Brüning
Präsident



Dr. Torsten Slink
Hauptgeschäftsführer

Tourismus, Handel, Industrie, Maritime Wirtschaft – das sind nicht nur Themen der Betriebe, sondern aller Menschen in Ostfriesland und Papenburg. Diesen Herausforderungen möchten wir uns mit Ihnen gemeinsam stellen.

Mit unseren Kommunalpolitischen Positionen erhalten Sie eine Handreichung, die dazu einladen soll, mit uns in einen konstruktiven Dialog zu treten.

2016 bedeutet für die Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg nicht nur 150-jähriges Jubiläum sondern auch Wahljahr: Unsere mehr als 30.000 Mitgliedsunternehmen sind aufgerufen, die Vollversammlung als „Parlament“ der regionalen Wirtschaft zu wählen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre und einen spannenden Wahlherbst.

Dipl.-Ing. Wilhelm-A. Brüning
Präsident

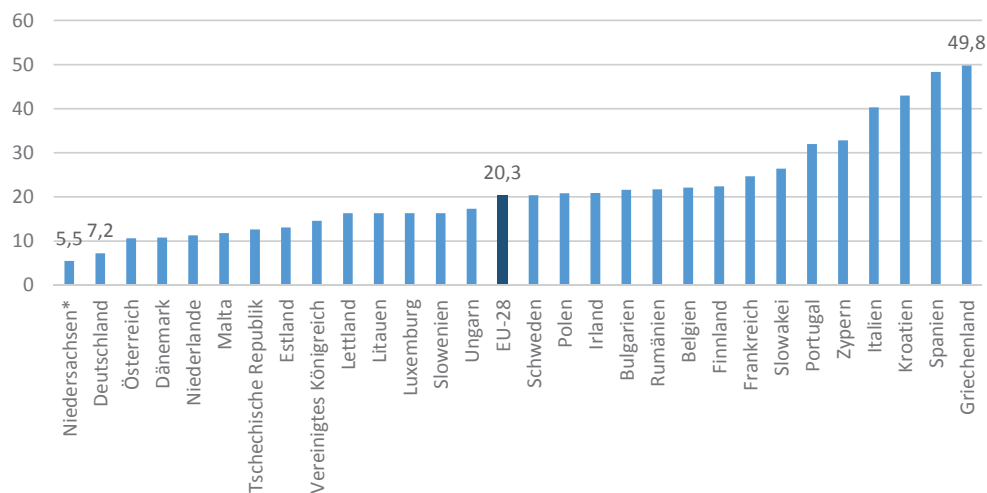
Dr. Torsten Slink
Hauptgeschäftsführer

1. Betriebliche Ausbildung

Duale Ausbildung stärken

Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland liegt deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Neben der weiterhin stabilen wirtschaftlichen Entwicklung profitieren die jungen Menschen hier vor allem vom dualen Ausbildungssystem. Dies ist im internationalen Wettbewerb ein wesentlicher Standortfaktor. Und sie ist ein deutsches Alleinstellungsmerkmal, das viele Länder wegen der Integrationserfolge der Absolventen in den Arbeitsmarkt zu kopieren versuchen.

Jugendarbeitslosenquote 2015 in Prozent



Quelle: Eurostat, *Bundesagentur für Arbeit (BA)

Wie es ist

Duale Ausbildung ist attraktiv

Die duale Ausbildung schneidet im Vergleich mit anderen Bildungsangeboten und im internationalen Vergleich gut ab. So liegt die Jugendarbeitslosigkeit für beruflich Qualifizierte im Bund bei 7,2 Prozent und damit 13 Prozentpunkte unter dem europäischen Durchschnitt. 80 Prozent aller niedersächsischen Azubis in IHK-Berufen sind mit ihrer Ausbildung zufrieden und würden sich wieder für ihren Beruf entscheiden.

Duale Ausbildung verliert dennoch an Boden

Dennoch verliert die duale Berufsausbildung in Deutschland seit 2011 kontinuierlich an Nachfrage. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist in Niedersachsen seitdem von ca. 60.000 auf nunmehr gut 55.000 zurückgegangen. Über ein Drittel der Unternehmen in Niedersachsen konnte 2015 nicht mehr alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen. Ein Trend, der sich seit 2010 fast verdoppelt hat (2010: 19 Prozent konnten nicht besetzen).

Demografie ist eine wesentliche Ursache

Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren verschärfen. Bis 2025 wird die Zahl der Schulabgänger um ein weiteres Viertel zurückgehen. Die Nachfragerücklage nach beruflicher Ausbildung wird auch durch den Flüchtlingszufluss zumindest kurzfristig nicht geschlossen werden. Nach vorliegenden Erfahrungen der Bundesagentur für Arbeit sind nur zwischen 10 und 20 Prozent der Zuwanderer innerhalb von rund 2 Jahren in Ausbildung oder Beschäftigung zu bringen, 50 Prozent brauchen fünf Jahre und mehr.

Akademisierung verstärkt den Trend

Hinzu kommt, dass in der öffentlichen und politischen Diskussion der Erwerb höherer Schulabschlüsse und akademischer Grade als Bildungsziel sehr stark in den Vordergrund gestellt wird. Dies fördert die Verschiebung hin zu schulischen und akademischen Qualifikationen. Eine arbeitsteilige Volkswirtschaft braucht aber beides, Akademiker und Fachkräfte. Darüber hinaus können Bildungsabschlüsse mit Bachelor-Niveau auch über eine berufliche Aus- und Weiterbildung erreicht werden.

Duale Ausbildung wird oft eher hinterfragt als anerkannt
Die Leistungen der Ausbildungsunternehmen werden in der öffentlichen Darstellung häufig nicht hinreichend anerkannt. Die Diskussion um Abbruchquoten, vermeintliche Qualitätsmängel oder Nachfrageeinbrüche werden als „Attraktivitätsverlust“ verkauft und überlagern Positivaussagen. Schulabgänger und Eltern nehmen in der Folge andere Angebote attraktiver wahr und orientieren sich dorthin.

Was zu tun ist

Berufsorientierung und -beratung weiter verbessern

Um die duale Ausbildung zu stärken, müssen die Berufsorientierung an allen Schulformen stärker als bisher standardisiert und systematisiert, die Beratungsstrukturen der verschiedenen Player enger miteinander verzahnt und das Einstiegssystem in den beruflichen Schulen reduziert werden. Besonderer Handlungsbedarf besteht bei der Einführung einer systematischen Studien- und Berufsorientierung an den Gymnasien. Sozialkompetenz muss mehr als bisher gefördert werden.

Schulische Bildungsgänge mit Warteschleifenpotenzial abbauen

Auf den Prüfstand gehören die Fachoberschule Klasse 11 und die berufsqualifizierenden Assistentenausbildungen, die im Wettbewerb zu dualer Ausbildung stehen. Ein Verzicht schränkt die Durchlässigkeit nicht ein. Bei der Abschaffung dieser Bildungsgänge sind insbesondere auch die Schulträger gefordert.

Attraktivität der Ausbildung verbessern

Notwendig ist darüber hinaus, dass die duale Ausbildung als attraktiv und qualitativ hochwertig wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Dazu gehört, dass die Schulträger die duale Ausbildung mehr als bisher durch Investitionen in die beruflichen Schulen vor Ort unterstützen und positiv kommunizieren. Verzahnte Ausbildungs- und Studienmodelle, bei denen ein Berufsausbildungsvertrag abgeschlossen wird, sollten ausgebaut werden. Entsprechende Modelle fördern die Wertigkeit der dualen Ausbildung und tragen damit zu einer Attraktivitätsverbesserung des Angebots bei. Zudem bieten sie gerade kleineren und mittleren Unternehmen zusätzliche Chancen, gezielt leistungsstärkere junge Menschen für anspruchsvolle Aufgaben zu gewinnen.

Berufliche Schulen werden oft stiefmütterlich behandelt
Dazu kommt, dass die beruflichen Schulen an einigen Standorten nicht über die personelle und sachliche Ausstattung verfügen, die moderne Ausbildung braucht. Dabei wird übersehen, dass Ausbildung gerade für kleine Unternehmen und den Mittelstand, insbesondere in ländlichen Regionen, oft die einzige Möglichkeit zur Nachwuchssicherung ist.

Berufliche Schulen besser ausstatten

Die Unterrichtsversorgung liegt an vielen beruflichen Schulen weit unter 90 Prozent. Hier muss Personal aufgestockt werden. Aber auch bei Baulichkeiten und Ausstattung besteht bei einigen Schulen Handlungsbedarf. Sie muss flächendeckend den Ansprüchen an eine moderne und wertgeschätzte duale Berufsausbildung genügen. Schulträger, die dies nicht gewährleisten können, benötigen die Unterstützung durch Bund oder Land.

Möglichst wohnortnahe Beschulung sichern

Ein qualitativ hochwertiges, schnell erreichbares Berufsschulangebot vor Ort ist ein wesentlicher Faktor für die Unternehmen, Fachkräfte zu gewinnen und in den Regionen zu halten. Zahlreiche Klassen der Teilzeitberufsschule sind aufgrund sinkender Schülerzahlen bereits jetzt von der Schließung bedroht. Insbesondere in Flächenregionen sind Lösungen zu entwickeln, die den Wirtschaftsstandort sichern. Zielführend könnte hier beispielsweise die Schaffung von „Flächenboni“ beim Klassenbildungserlass sein.

Was die IHKs tun

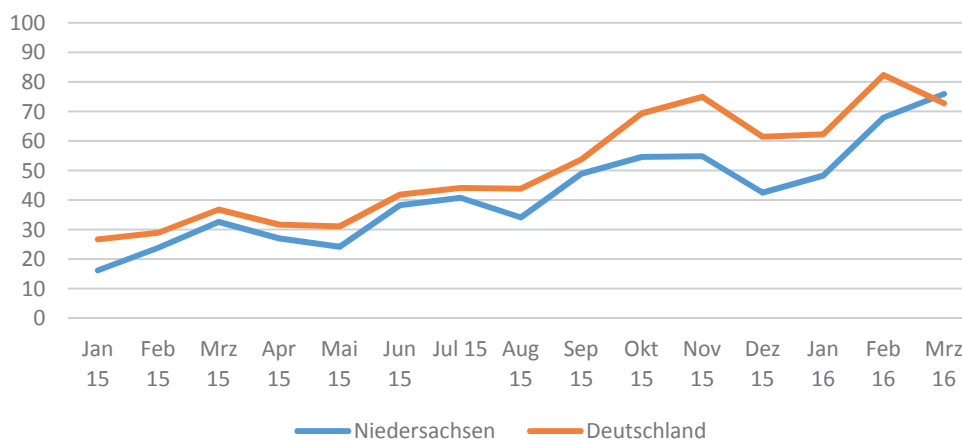
- Wir unterstützen mit 170.000 ehrenamtlichen Prüfern und rund 320.000 Abschlussprüfungen in der Ausbildung pro Jahr.
- Wir beraten und informieren unsere Mitgliedsunternehmen und deren Auszubildende.
- Wir führen Informationsveranstaltungen durch und nehmen an Messen teil.
- Wir betreiben eine gemeinsame Lehrstellenbörse im Internet: www.ihk-lehrstellenboerse.de

2. Flüchtlinge

Integration in Ausbildung und Beschäftigung verbessern

Bis zu Beginn der Flüchtlingskrise fand die Zuwanderung oft geregelt und in geringerem Ausmaß statt. Menschen mit Migrationshintergrund ließen sich vor allem in großen Städten und Ballungsräumen nieder. Die jetzige Situation mit großen Flüchtlingsströmen und der Zuteilung auf teilweise sehr kleine Kommunen stellt diese vor große Herausforderungen. Die bisherige Integrationsinfrastruktur ist derzeit mit der Situation überfordert.

Gestellte Asylerstanträge pro 100.000 Einwohner



Quelle: BAMF, Bundesstatistik, Landesstatistik Niedersachsen

Wie es ist

Registrierung, Unterbringung und Versorgung stehen im Vordergrund

In der jetzigen Situation stehen die Registrierung, Unterbringung und Versorgung noch im Vordergrund. In diesem Bereich konnten inzwischen deutliche Fortschritte erzielt werden. Das Beispiel der parallel laufenden Softwarelösungen bei der Registrierung und die teilweise hinderlichen Umweltstandards bei Flüchtlingsunterkünften zeigen aber den noch vorhandenen Verbesserungsbedarf.

Es besteht weiter großer Bedarf an Sprachkursen

Die sprachliche Barriere ist die erste und wichtigste, die es zu überwinden gilt. Die derzeit von den Arbeitsagenturen durchgeführten Sprachkurse warten noch immer auf eine anschließende Organisation und Finanzierung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Bestehende Lücken in der sprachlichen Qualifizierung werden vor allem durch Ehrenamtliche ausgeglichen. Die Sprachkurse werden oft an zentralen Orten wie Volkshochschulen oder in Flüchtlingsunterkünften durchgeführt.

Erfassung der beruflichen Kompetenzen noch im Aufbau

Die Grundlage für eine berufliche Integration ist neben den sprachlichen Kompetenzen die Einordnung in das deutsche Berufssystem. Das kann über die Anerkennung bereits vorhandener Qualifikationen oder die gezielte Weiterbildung erfolgen. Im Vorfeld muss jedoch die Erfassung der beruflichen Kompetenzen stattfinden. Die Strukturen befinden sich in diesem Bereich jedoch noch im Aufbau. Fehlende Informationen und unstrukturiertes Vorgehen erschweren die berufliche Integration.

Rechtliche Unsicherheiten erschweren die Integration in Ausbildung und Beruf

Die niedersächsischen Unternehmen sind zu einem großen Teil bereit, Flüchtlinge als Praktikanten, Auszubildende oder Fachkräfte zu beschäftigen. Die rechtliche Unsicherheit über den Aufenthaltsstatus hindert jedoch viele daran, das Wort in die Tat umzusetzen. Dass die Regierung sich auf die sogenannte 3+2-Regel im Bereich der Ausbildungen geeinigt hat, ist daher zu begrüßen. Sie sichert den Aufenthaltsstatus während der Ausbildung und während der anschließenden zwei Jahre.

Direkter Kontakt zu geeigneten Flüchtlingen fehlt

Nach der Verteilung aus den Landesaufnahmebehörden auf die Kommunen fehlt teilweise der Kontakt zu den regionalen Arbeitsmarktakteuren. Kontakt zu geeigneten Personen entsteht nur vereinzelt. So können die angeworbenen Einstiegsqualifizierungen oder andere Maßnahmen der IHK-Organisation noch nicht vollständig besetzt werden.

Was zu tun ist

Registrierung und Qualifikationserfassung der Flüchtlinge verbessern

Die Kommunen sollten zusammen mit Land und Bund die Registrierung und Unterbringung noch weiter strukturieren und vereinfachen. Die Registrierung erfolgt mittlerweile einheitlich in den Landesaufnahmebehörden. Die Wartezeit in den Landesaufnahmebehörden sollte bereits zu einer ersten Erfassung der beruflichen Qualifikationen genutzt werden. In den Kommunen sollte die Erfassung dann zum Abschluss gebracht werden, um eine gezielte Vermittlung oder Weiterqualifizierung durch die Arbeitsagenturen und später die Jobcenter zu erleichtern.

Qualifizierung der Flüchtlinge vorantreiben und ausbauen

Es sind bereits vielfältige Maßnahmen zur Qualifizierung von Flüchtlingen und Zuwanderern vorhanden. Sie sollten vorangetrieben und ausgebaut werden. Dazu sollten die Instrumente der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter schneller und für alle Flüchtlinge mit einer hohen Bleibeperspektive geöffnet werden. Bei Bedarf sollten die Qualifizierungsmaßnahmen um Sprachförderelemente erweitert werden. Die Förderketten vor Ort müssen stringent organisiert werden, damit die vorhandenen Regelinstrumente zur Qualifikation und Integration genutzt werden können.

Sprachkurse ausweiten – auch dezentrale Kurse ermöglichen

Die Fortführung und Ausweitung der Sprachkurse muss durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sichergestellt werden. Die Kommunen sollten auch auf dezentrale Sprachkurse in Gemeindehäusern oder in den Flüchtlingsunterkünften drängen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass speziell für die Frauen Sprachkurse mit integrierter Kinderbetreuung unerlässlich sind. Eine ungesteuerte Schaffung von Sprachkursen durch unterschiedlichste Träger sollte vermieden werden. Hier ist besonderes Augenmerk auf die Anschlussfähigkeit und passgenaue Schnittstellen zwischen den Angeboten zu richten.



Kontakt zwischen regionaler Wirtschaft und Flüchtlingen verbessern

Die berufliche Integration lebt auch vom vorherigen direkten Kontakt. Wenn die ersten sprachlichen Barrieren abgebaut sind, sollten die Kommunen einen besseren Kontakt zwischen interessierten Unternehmen sowie Institutionen und den Flüchtlingen ermöglichen. Die Unternehmen müssen in dieser Phase bei Problemen, die Aufenthaltsstatus und behördliche Erfordernisse betreffen, unterstützt werden. In Kooperation mit den Arbeitsmarktakteuren wie Arbeitsagenturen, Jobcentern und Kammern könnten regelmäßige Kennenlertage etabliert werden.

Flüchtlingsbetreuung einheitlich organisieren

Bei der Vielzahl von Akteuren und Maßnahmen sollte eine einheitliche Organisation des Integrationsprozesses in den Kommunen sowie den kreisfreien Städten und Landkreisen unter Einbezug der regionalen Arbeitsagenturen und Jobcenter sowie Wirtschaftsorganisationen etabliert werden. Weiterhin sollte eine hauptamtliche Unterstützung der ehrenamtlichen Strukturen sichergestellt werden. Einheitliche Ansprechpartner helfen bei der Vermittlung von Kontakten und der beruflichen Integration. Diese Ansprechpartner sollten bei Fragen zu rechtlichen Rahmenbedingungen bzw. zum Matching von Qualifizierungsangeboten und -nachfragen zur Verfügung stehen.

Was die IHKs tun

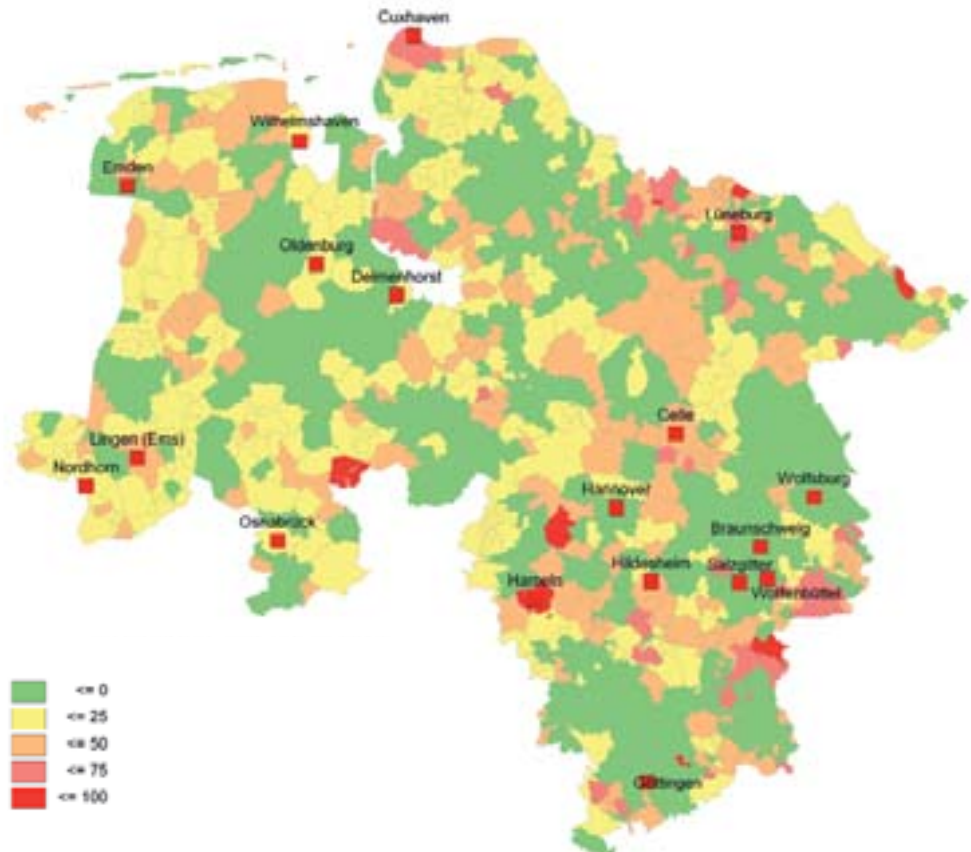
- Wir informieren und beraten Betriebe.
- Wir helfen jungen Flüchtlingen bei der Vermittlung in Ausbildung.
- Wir begleiten Betriebe bei der Qualifizierung und Ausbildung von Flüchtlingen.
- Wir helfen Flüchtlingen bei der Existenzgründung.
- Wir stärken die Netzwerke vor Ort.

3. Kommunalfinanzen

Steuererhöhungen vermeiden – Konsolidierung über Ausgabenseite erreichen

Unternehmen sind auf gute Standortbedingungen angewiesen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Nur Kommunen mit geordneten Finanzen können dauerhaft und nachhaltig in die Standortqualität investieren. Über die gezahlten Realsteuern beteiligen sich die Unternehmen an diesen Investitionen. Wenn Unternehmen die Gewissheit haben, dass Kommunen sparsam haushalten und eine langfristige Investitionsstrategie verfolgen, um den Standort attraktiv zu halten, sind sie bereit, ihren Teil dazu beizutragen.

Gewerbsteuerhebesätze
Veränderung 2015 zu 2011, absolut in Prozentpunkten



Quelle: eigene Erhebungen

Wie es ist

Rekordniveau bei Steuereinnahmen: Grund- und Gewerbesteuern sind die zentrale kommunale Einnahmequelle. Mit 7,7 Mrd. Euro haben die kommunalen Steuereinnahmen im Jahr 2014 ein Rekordniveau erreicht. Seit 2004 sind sie real um 37 Prozent gestiegen. Die Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuer (Realsteuern) beliefen sich in 2014 auf 57 Prozent der gesamten kommunalen Steuereinnahmen in Niedersachsen. Die verbleibenden 43 Prozent wurden durch Einnahmen aus Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie sonstigen Gemeindesteuern erzielt. Mit einem Anteil von 40 Prozent an den Realsteuern ist die Gewerbesteuer (netto) die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle. Während die Grundsteuer eine nahezu konstante Bemessungsgrundlage hat, ist das Gewerbesteueraufkommen stark konjunkturabhängig und unterliegt deshalb oftmals starken Schwankungen. Die Planbarkeit der Kommunalhaushalte wird dadurch eingeschränkt.

Schuldenabbau kommt nur schleppend voran – Konsolidierung vor allem über Steuererhöhungen
Die kommunale Verschuldung konnte zuletzt leicht abgebaut werden. Allerdings ist der Anteil der Kassenkredite an der gesamten Verschuldung in den letzten Jahren stark gestiegen. Die durch Kassenkredite finanzierten Ausgaben dienen der kurzfristigen Aufgabenwahrnehmung; ihnen stehen keine nachhaltigen Investitionen gegenüber. Bei der Konsolidierung setzen die Kommunen vor allem auf Steuererhöhungen. Laut einer Umfrage der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern hat im Jahr 2015 knapp jede fünfte der 973 Städte und Gemeinden in Niedersachsen ihren Gewerbesteuerhebesatz angehoben. Des Weiteren lassen sich Tendenzen ausmachen, dass Aufgaben der Kommunen in Gesellschaften ausgegliedert werden. An diesen Gesellschaften sind die Kommunen zu 100 Prozent finanziell beteiligt. Sie weisen diese Beteiligung jedoch nicht mehr in den Kernhaushalten aus.

Neue Aufwand- und Verbrauchsteuern sowie Abgaben erhöhen die Steuerlast für die Unternehmen weiter
Mit der Bettensteuer oder dem Tourismusbeitrag, mit dem künftig „sonstige Tourismusgemeinden“ einen Tourismus- und/ oder Gästebeitrag erheben dürfen, versuchen einige niedersächsische Kommunen neue Einnahmequellen zu erschließen. Aufgrund des geringen Aufkommens und des teuren und umfangreichen Erhebungsaufwandes ist dies jedoch nicht effizient.

Kommunaler Finanzausgleich setzt falsche Anreize
Der kommunale Finanzausgleich koppelt die Finanzzuweisungen des Landes an das Verhältnis der tatsächlichen Realsteuerhebesätze in den Kommunen zu den niedersächsischen Durchschnittswerten. Dies schafft einen Automatismus in Richtung Steuererhöhungen.



Was zu tun ist

Finanzielle Ausstattung der Kommunen sichern
Die Gewerbesteuer sollte reformiert werden. Die stark schwankende Gewerbesteuer sollte durch eine gewinnabhängige Kommunalsteuer mit Hebesatzrecht ersetzt werden, die nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern alle in einer Kommune wirtschaftlich Tätigen einbezieht. Flankierend könnten die Gemeindeanteile an der Einkommen- oder Umsatzsteuer erhöht werden, um die stabilen Anteile zu erhöhen. Die Kommunen sollten sich bei Land und Bund für eine entsprechende Reform der Gemeindefinanzen einsetzen. Weiterhin sollten sie auf die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips hinwirken. Sofern Bund und Land den Kommunen Aufgaben zuweisen, müssen sie die Finanzierung sicherstellen. Ein aktuelles Beispiel sind die Vorgaben zur Integration von Flüchtlingen.

Neue Steuererhöhungen vermeiden – Einsparpotenziale nutzen

Die Konsolidierung der Kommunalfinanzen sollte nicht auf der Einnahmenseite beginnen. Eine fundierte Aufgaben- und Ausgabenkritik sollte den Ausgangspunkt bilden. Steuererhöhungen sollten nicht erster, sondern letzter Schritt der Konsolidierung sein. Die Einführung neuer Gebühren und Abgaben sollte ebenfalls vermieden werden. Auf die Erhebung von Bagatellsteuern sollte grundsätzlich verzichtet werden. Insgesamt muss die Steuerbelastung der Unternehmen am Standort reduziert werden.

Vergleichbarkeit und Transparenz der Haushalte herstellen
Im Sinne von Fairness, Vergleichbarkeit und Transparenz müssen die Haushalte zukünftig einheitlicher erstellt und veröffentlicht werden. Das beinhaltet vor allem klare Angaben über Gesellschaften, an denen die Kommunen mit hohen Anteilen beteiligt sind.

Den Kommunalen Finanzausgleich in Niedersachsen reformieren

Das Land muss hier die richtigen Anreize installieren. Die Kommunen sollten diesen Schritt unterstützen. In der Vergangenheit haben sich Kommunen allerdings selten für einen stärkeren Steuerwettbewerb eingesetzt.

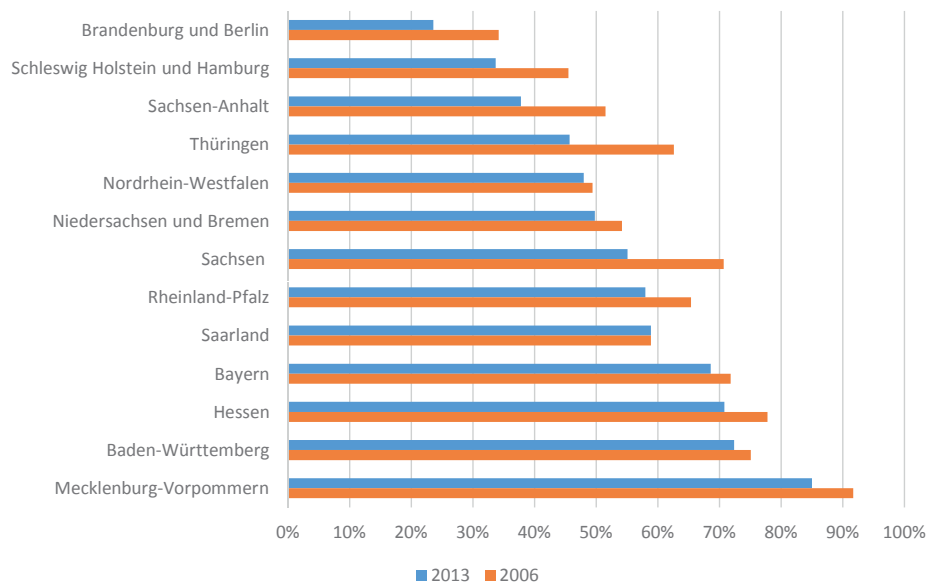
Was die IHKs tun

- Wir veröffentlichen jährlich den Realsteueratlas mit den aktuellen Realsteuerhebesätzen in Niedersachsen.
- Wir erstellen den IHK-Gewerbesteuerrechner und sorgen damit für Transparenz.
- Wir nehmen Stellung gegenüber den Kommunen zur Steuer- und Haushaltspolitik sowie gegenüber dem Gesetzgeber zu Reformen bei der Grund- und Gewerbesteuer.
- Wir beraten Unternehmen zu grundlegenden Fragen der Grund- und Gewerbesteuer.

4. Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen begrenzen

Insbesondere die prekäre Haushaltslage der öffentlichen Hand hatte in der Vergangenheit dazu geführt, dass sich Kommunen verstärkt wirtschaftlich betätigten – auch über den Bereich der Daseinsvorsorge hinaus. So entstand und entsteht zunehmend ein direktes Wettbewerbsverhältnis mit privaten Unternehmen.

Anteil privater Unternehmen in der Abfallentsorgung
Privatisierungsanteil in Prozent



Quelle: BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.

Wie es ist

Trend zur Rekommunalisierung auch in Niedersachsen
Der Trend zur (Re-)Kommunalisierung in Niedersachsen betrifft zum einen den Bereich der so genannten Daseinsvorsorge. So haben sich etwa die Marktchancen für die private Entsorgungswirtschaft in Niedersachsen weiter verschlechtert. Seit einigen Jahren entdecken die Kommunen die Abfallwirtschaft als lukratives Geschäft für sich und betätigen sich hier immer mehr selbst als Unternehmer. Auch über die Daseinsvorsorge hinaus werden Kommunen wirtschaftlich tätig, etwa indem sie Bankgeschäfte übernehmen, Devisengeschäfte tätigen oder Sport- und Freizeiteinrichtungen errichten.

Kommunale wirtschaftliche Betätigung kann den Wettbewerb verzerren

Kommunale wirtschaftliche Betätigung kann erhebliche Nachteile für die Privatwirtschaft haben, insbesondere wenn unterschiedliche Rahmenbedingungen herrschen. Teilweise machen Kommunen gewerblichen Privat Anbietern Konkurrenz. Dabei wird der steuerliche Wettbewerb zu Privat Anbietern mitunter durch die fehlende Umsatzsteuerpflicht der kommunalen Anbieter verzerrt. Insbesondere wenn die Betätigung dauerhafte Verluste mit sich bringt, haftet der Steuerzahler und damit auch die örtliche Wirtschaft.

Hohe Preisunterschiede zwischen Kommunen

Dass nicht überall die Potenziale zur Produktivitätssteigerung und Gebührensenkung konsequent genutzt wurden, zeigen die zum Teil großen Preisunterschiede kommunaler Leistungen. So hat der NIHK im Jahr 2011 bei einem Preisvergleich für die 14-tägliche Entsorgung eines 1.100-Liter-Behälters hausmüll-ähnlichen Gewerbeabfalls in Niedersachsen Preisunterschiede von bis zu 500 Prozent ermittelt. Bei der Interpretation müssen selbstverständlich regionale Besonderheiten berücksichtigt werden. Allerdings erklären diese teilweise nicht die gesamte Preisspanne.

Landesregierung will die Grenzen wirtschaftlicher Betätigung lockern

Die Landesregierung will das erst 2010 novellierte Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) ändern. Dort wurden seinerzeit unter anderem auf Anregung des NIHK die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen enger gefasst. Nun sollen mit der erneuten Novellierung die in § 136 geregelten Grenzen wieder gelockert werden. Zwei Änderungen sind dabei wesentlich: Erstens soll die Subsidiarität beschnitten werden. Künftig soll die kommunale Betätigung nur dann nicht möglich sein, wenn es Privat Anbieter gibt, die die Leistung besser erbringen – und nicht wie bisher: gleich gut. Zweitens soll das Klagerecht für Privat Anbieter entfallen.

Was zu tun ist

Die Existenz privater Unternehmen im Wettbewerb langfristig sichern

Unabhängig von den landesgesetzlichen Regeln sollten die Kommunen den Grundsatz der Subsidiarität strikt befolgen. Sofern private Anbieter in der Lage sind, die erwünschte Leistung ebenso gut wie der öffentliche Anbieter zu erbringen, sollten sie den Vorzug erhalten. Das sichert die Existenz privater Unternehmen und ermöglicht die Fokussierung der Kommunen auf ihre Kernaufgaben. Die Aufgabe der Daseinsvorsorge durch die Kommunen bleibt hierbei unberührt. Im Zuge der Gleichbehandlung wird hierbei den Umständen der weiterhin wettbewerbsverzerrenden Rahmenbedingungen wie steuerlichen Belastungen und Insolvenzverfahren Rechnung getragen. Neue Produkte oder Projekte sollten grundsätzlich am Markt ausgeschrieben werden.

Bei eigener Betätigung Kosten begrenzen

Gebietskörperschaften sollten sich auf ihre Gewährleistungsverantwortung beschränken und im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung den leistungsfähigsten Anbieter beauftragen. Dieser trägt dann die Durchführungsverantwortung. Eine ausschreibungsfreie „In-House-Vergabe“ ist auszuschließen. Darüber hinaus würde eine größere Kostentransparenz den Wettbewerb der Kommunen um ein gutes Kosten-Leistungs-Verhältnis bei der kommunalen Leistungserbringung erhöhen. Somit könnten Effizienzpotenziale besser ausgeschöpft werden. Zudem werden bei hoher Transparenz Privatisierungspotenziale deutlich.

Privatisierungspotenziale ausschöpfen

Durch die Privatisierung kommunaler Aufgaben lassen sich oft Einsparungen oder Qualitätsverbesserungen erzielen. Bestehende wirtschaftliche Betätigungen der Kommunen sollten daher regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden. Sofern Privatanbieter etwa durch technischen Wandel oder Marktveränderungen in der Lage sind, eine kommunale Leistung zu übernehmen, sollte die Kommune eine Privatisierung prüfen. Bei der Vergabe an Private müssen politisch erwünschte Standards keineswegs über Bord geworfen werden. Vielmehr kann die Kommune den Privaten entsprechend binden. Wo Aufgaben nicht vollständig in private Hände gegeben werden können, sollten Kooperationen zwischen öffentlicher Verwaltung und privaten Unternehmen geprüft werden.

Privatisierungskataster anlegen

Kommunen sollten auch bestehende Betätigungen kritisch daraufhin durchleuchten, ob sie noch notwendig bzw. ökonomisch sinnvoll sind. Hilfreich kann dazu das Anlegen eines so genannten Privatisierungskatasters sein.

Örtliche Wirtschaft anhören

Bevor Kommunen beschließen, sich unternehmerisch zu betätigen, sollten sie Vertreter der regionalen Wirtschaft wie z. B. die Kammern anhören. Dies ist beispielsweise in Hessen nach der Hessischen Gemeindeordnung schon heute Pflicht.



Was die IHKs tun

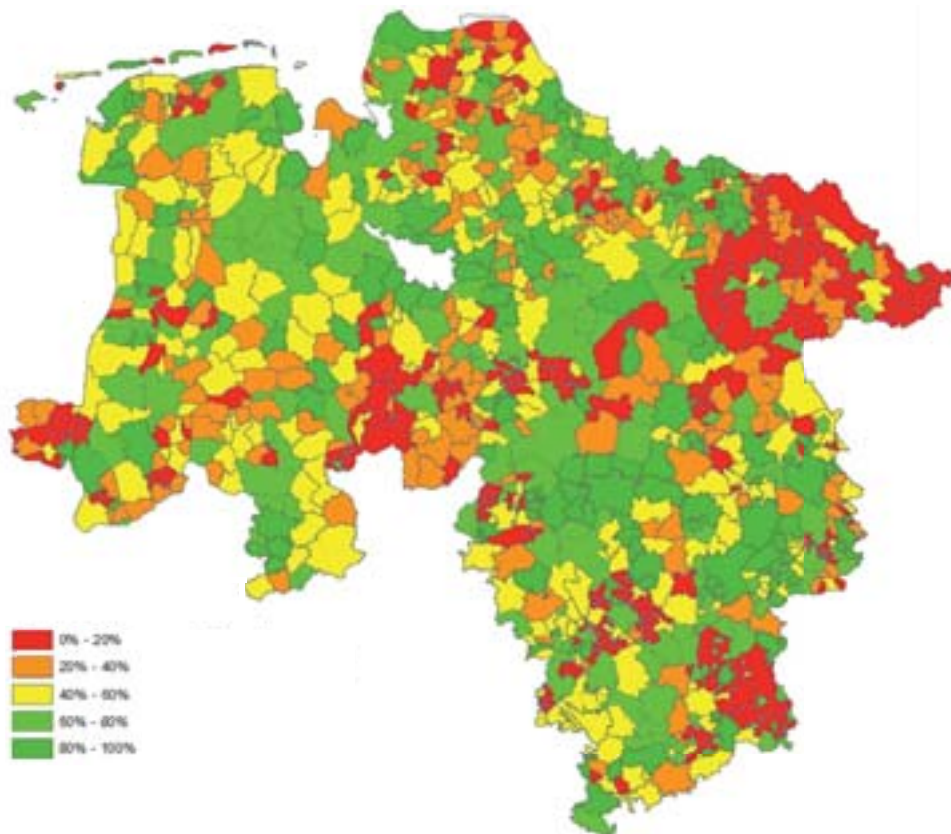
- Wir sorgen für Transparenz und Vergleichbarkeit, etwa durch Gebührenvergleiche.
- Wir weisen Kommunen auf Privatisierungsmöglichkeiten hin. In Zweifelsfällen schalten wir auch die Aufsichtsbehörden ein.

5. Digitalisierung

Investitionen in digitale Infrastruktur ausweiten

Die Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche und ökonomischer Aktivitäten schreitet voran und lässt das übertragene Datenvolumen per Internet rasant ansteigen. Industrie 4.0, E-Commerce und E-Governance können nur mit einer zukunftsweisenden und flächendeckend verfügbaren Breitband-Infrastruktur funktionieren. Eine zukunftsfähige Breitbandanbindung ist im Zeitalter der digitalen Wirtschaft die Basis für wirtschaftlichen Erfolg und somit für Wertschöpfung, Wohlstand und für sichere Arbeitsplätze.

NGA-Herausforderung Niedersachsen
Gemeindeauswertung 12/2015 50 Mbit/s



Quelle: Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen

Wie es ist

Breitbandverfügbarkeit als harter Standortfaktor

Videokonferenzen, Internettelefonie, multimediales Arbeiten und das Versenden von E-Mails mit großen Datenvolumina sind bereits unverzichtbare Bestandteile der heutigen Kommunikation von Unternehmen mit ihren Kunden und Geschäftspartnern. Mit dem Fortschreiten der Industrie 4.0 verzahnt sich zudem immer stärker Produktion mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik. Dieser unaufhaltsame Prozess wird die zu übertragenden Datenvolumina nochmals sprunghaft ansteigen lassen. Der schnelle und sichere Austausch von Daten hat daher für die Wirtschaft oberste Priorität. Ohne zuverlässige Breitband-Datennetze wird ein wirtschaftliches Agieren in Zukunft nicht mehr möglich sein. Die Breitbandversorgung im Flächenland Niedersachsen stellt sich dabei derzeit immer noch sehr unterschiedlich dar.

Breitbandausbau ist öffentliche Daseinsvorsorge

Eine schnelle Breitband-Internetverbindung ist auch in ländlichen Regionen unverzichtbar. Gerade kleine und mittlere Unternehmen, die die Wirtschaftsstruktur abseits der großen Zentren oftmals prägen, sind jedoch nicht in der Lage, aus eigener Kraft in Breitbandnetze zu investieren. Die Kommunen in den ländlichen Regionen sind wiederum auf die Fördermittel von Land, Bund und EU angewiesen.

Fördermittel für den kommunalen Breitbandausbau stehen bereit

Zur Förderung des kommunalen Breitbandausbaus in Niedersachsen stehen für die nächsten Jahre derzeit rund 1 Mrd. Euro Fördermittel und Kredite von Land, Bund und EU zur Verfügung, darunter der kommunale Breitbandkredit der Europäischen Investitionsbank (EIB), Mittel aus der digitalen Dividende II oder aus europäischen Strukturfonds (EFRE, ELER).



Was zu tun ist

Flächendeckenden Breitbandausbau gewährleisten

Die Breitbandstrategie des Bundes sieht bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 50 Mbit/s vor. Mit Blick auf die weiter fortschreitende Digitalisierung kann das Ausbauziel von 50 Mbit/s nur ein Zwischenziel auf dem Weg zu einer flächendeckenden, leistungsfähigen und zukunftsweisenden Kommunikationsinfrastruktur sein. Erforderlich ist ein umfassender Ausbau des Breitbandnetzes mit Glasfasertechnik (FTTH). Darüber hinaus müssen dort, wo sich kabelgebundene Lösungen nicht realisieren lassen, funkbasierte Zugangstechniken installiert werden, um Netzlücken zeitnah zu schließen. Noch immer finden sich im Flächenland Niedersachsen viele sogenannte weiße Flecken – insbesondere abseits der Zentren. Ohne eine flächendeckende und leistungsfähige Breitbandinfrastruktur können auch die Chancen von Industrie 4.0 für die Zukunft Niedersachsens als industriellem Produktionsstandort nicht genutzt werden.

Unterstützung durch das Land einfordern

Zahlreiche Kommunen und Landkreise in Niedersachsen stehen aufgrund der angespannten Haushaltslage vor der Herausforderung, die erforderlichen Eigenmittel zur Bewilligung der Breitband-Förderung aufbringen zu können. Die angespannte Haushaltssituation einiger niedersächsischer Gebietskörperschaften hat sich durch die Flüchtlingskrise weiter verschärft. Für einen flächendeckenden Breitbandausbau mit einer Datenrate von mindestens 50 Mbit/s bis zum Jahr 2018 und einen vollständigen Ausbau in Glasfasertechnik sind daher mehr finanzielle Mittel von Land, Bund und EU erforderlich, als momentan bereitgestellt werden. Die Kommunen sollten die Hilfen im Schulterchluss mit anderen Institutionen noch stärker einfordern.

Fristgerechten Abruf der Fördermittel sicherstellen

Es stehen bereits Fördermittel zur Verfügung. Für den zügigen Ausbau einer leistungsfähigen und bedarfsgerechten Breitbandinfrastruktur sind sämtliche Fördermöglichkeiten für den Breitbandausbau in vollem Umfang auszuschöpfen. Die Kommunen sind gefordert, Förderanträge fristgerecht einzureichen und zeitnah mit der Umsetzung der Ausbauprojekte zu beginnen, um die zeitlich begrenzt zur Verfügung stehenden Fördergelder vollständig abzurufen.

Was die IHKs tun

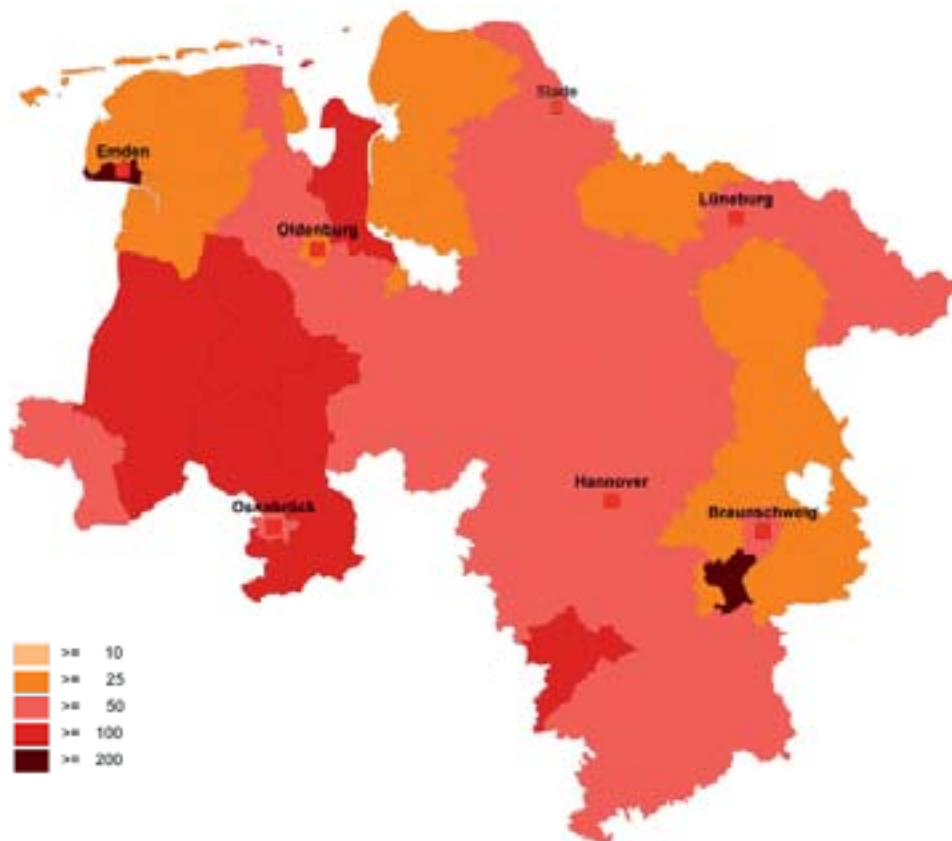
- Wir vertreten die Interessen der niedersächsischen Wirtschaft gegenüber Kommunen, Bund, Land und EU. Wir plädieren dort für einen beschleunigten, flächendeckenden und zukunftsweisenden Breitbandausbau in Niedersachsen.
- Wir nehmen Stellung zu Gesetzesvorlagen und Förderrichtlinien des Landes Niedersachsen.
- Wir beobachten (Monitoring) und bewerten den Fortschritt des Breitbandausbaus in Niedersachsen (z.B. durch Pressearbeit, Umfragen etc.)

6. Industriestandorte erhalten – Energieversorgung sichern

Der Wirtschaftsstandort Niedersachsen ist vorwiegend durch mittelständische Unternehmen geprägt. Dabei bildet das produzierende Gewerbe eine wichtige Säule der wirtschaftlichen Entwicklung. Die niedersächsischen Unternehmen des produzierenden Gewerbes nehmen bei der Bruttowertschöpfung im bundesweiten Vergleich den vierten Platz ein.

Damit die Unternehmen weiterhin vor Ort für Wertschöpfung, aber auch für Arbeits- und Ausbildungsplätze stehen können, brauchen sie Akzeptanz, Flächen und eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Industriedichte
Beschäftigte verarbeitendes Gewerbe pro 1.000 Einwohner



Quelle: Bundesagentur für Arbeit Juni 2015, Landesstatistik Niedersachsen 2015

Wie es ist

Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur geht nur schleppend voran

Niedersachsen spielt eine zentrale Rolle beim Umbau der Energieversorgung in Deutschland und ist Vorreiter beim Ausbau Erneuerbarer Energien. Um dabei die Versorgungssicherheit auf hohem Niveau zu erhalten, ist ein grundlegender Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur eingeleitet worden. Der Netzausbau kommt auf Höchstspannungsebene derzeit nur schleppend voran. Aber auch bei den Verteilnetzen und der Schaffung einer Speicherinfrastruktur besteht umfassender Investitionsbedarf.

Infrastruktur „vor der eigenen Haustür“ wird häufig abgelehnt

Erweiterungen oder Neubauten von Industrieunternehmen stoßen immer wieder auf den Widerstand der Bürger vor Ort. Auch begleitende Infrastrukturmaßnahmen „vor der eigenen Haustür“ werden häufig von Bürgerinitiativen in Frage gestellt, verzögert oder verhindert.

Entwicklungsflächen werden zunehmend begrenzt

Die Anforderungen der Unternehmer an neue Flächen werden zunehmend spezieller. Dem gegenüber steht in vielen Kommunen eine auf Quantität ausgelegte Flächenexpansion. Kooperationen über kommunale Grenzen hinweg bilden die Ausnahme. Darüber hinaus wird an vielen Orten durch heranrückende Wohnbebauung der Status quo von Industrieunternehmen festgeschrieben. Bei Erweiterungsabsichten bleibt den Unternehmen dann oftmals nur der Ausweg, einen neuen Standort zu suchen.

Was zu tun ist

Energiewendedialog vor Ort versachlichen

Der Dialog über die Ansiedlung Erneuerbarer Energien, den Verlauf von Stromtrassen sowie die notwendigen Energiespeicher muss auch vor Ort sachorientiert geführt werden. Den Städten und Gemeinden kommt dabei eine besondere Rolle zu. Nur wenn Bürgerinnen und Bürger, Politik und Wirtschaft den Prozess gemeinsam zielgerichtet gestalten, lässt sich die Energiewende im notwendigen Tempo koordiniert umsetzen. Die kommunale Politik sollte dabei durch sachliche und faktenorientierte Diskussionen als Mittler agieren und dabei auch Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit berücksichtigen. Verbesserungspotenziale bei der Kommunikation zwischen Bund, Ländern und Kommunen müssen dabei ausgeschöpft werden.

Akzeptanz von Industrieprojekten steigern

Akzeptanz entscheidet sich letztendlich immer am Einzelprojekt. Deshalb bedarf es einer offenen und transparenten Kommunikation: von der ersten Planung über die Genehmigung und den Bau bis zum Betrieb der Anlage. Interessen und Bedenken der Bürger müssen dabei frühzeitig antizipiert werden. Unternehmen brauchen dabei Unterstützung aus den genehmigenden Behörden, um durch transparente und überschaubare Genehmigungsverfahren die Bürger angemessen in den Planungsprozess einbinden zu können.

Gewerbe- und Industrieflächen nach Maß entwickeln

Für Erweiterungen, Umstellungen in den Produktionsabläufen und neue Technologien benötigen Unternehmen Flächen, die möglichst exakt auf diese Bedürfnisse zugeschnitten sind. Das betrifft u. a. die Nähe zu überregionalen Verkehrswegen, die Topographie sowie die zulässigen Emissionen. Die Kommunen sollten daher möglichst passgenaue Flächen bevorraten und vorausschauend planen. Konflikte zwischen Gewerbe und Anwohnern sollten antizipiert und vorausschauend gehandhabt werden, damit die Unternehmen sich an ihren Standorten auch weiterhin entwickeln können. Deshalb sollten vorhandene und geplante gewerblich-industrielle Flächen mit einem Umgebungsschutz versehen werden, um langfristige Investitionssicherheit zu gewährleisten. Dabei sollte das Trennungsgebot nach § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) Beachtung finden.



Was die IHKs tun

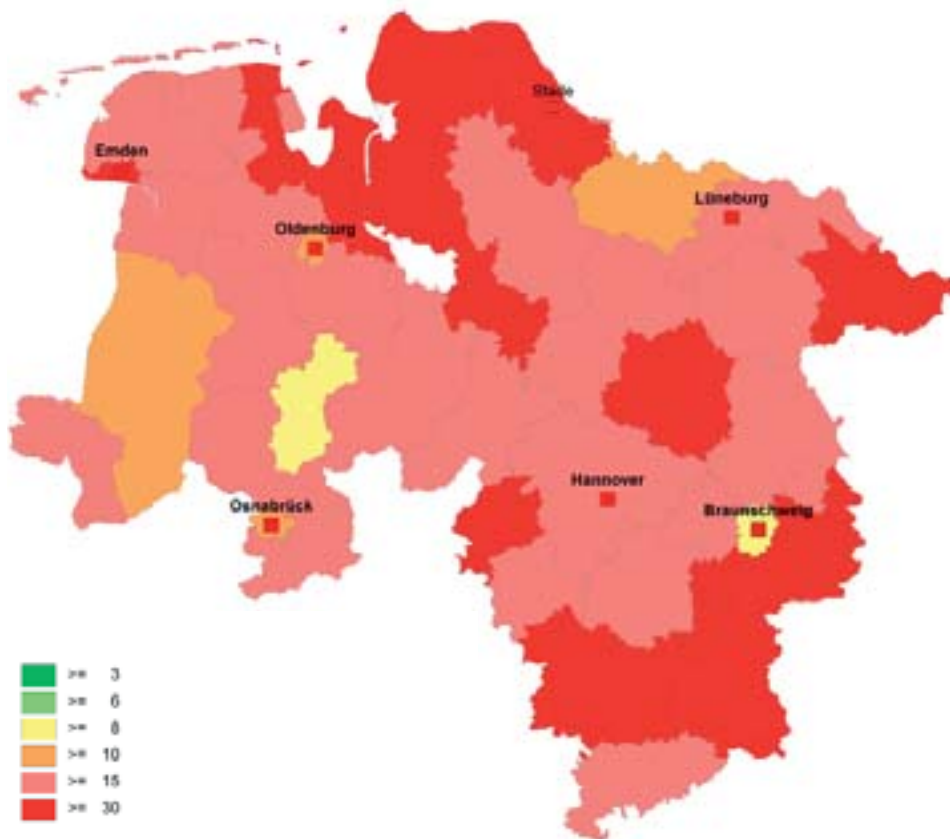
- Wir führen regionale Veranstaltungen zu industrie- und energiepolitischen Themen durch.
- Wir beziehen Position bei industrie- und energiepolitischen Themen.
- Wir nehmen Stellung im Rahmen von Raumordnungs- und Bauleitplanungsverfahren.
- Wir vertreten die Interessen der regionalen Wirtschaft gegenüber Abgeordneten und Kommunalpolitikern.

7. Innenstädte und Handel

Lebendige Innenstädte sichern und stärken

Starke Zentren und Innenstädte sind eine wesentliche Basis für die Attraktivität der Kommunen. Sie sind multifunktionale Wirtschaftsstandorte und Mittelpunkte gesellschaftlichen Lebens. Zentrale Leitfunktionen für die Ortskerne übernehmen der Einzelhandel, Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen. Eine hohe Aufenthaltsqualität ist wesentlich von einem attraktiv gestalteten öffentlichen Raum abhängig. Von elementarer Bedeutung für eine wettbewerbsfähige attraktive Innenstadt ist auch ihre ungehinderte Erreichbarkeit.

Umsatz im stationären Einzelhandel
Rückgang 2020 zu 2014 (Trend-Szenario, in Prozent)



Quelle: IFH Köln, 2015

Wie es ist

Strukturwandel der Innenstädte schreitet voran

Seit Jahren erleiden viele Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne niedersächsischer Kommunen erhebliche Bedeutungsverluste. Sie konkurrieren mit der „Grünen Wiese“ und zunehmend mit dem Onlinehandel. Lokale inhabergeführte Fachgeschäfte haben zusätzlich mit einem veränderten Verbraucherverhalten, der Unternehmensnachfolge und Konkurrenz durch Filialisten zu kämpfen. Oft erweisen sich Größe und Zuschnitt der Gewerbeimmobilien als nicht mehr marktgerecht für ihre aktuellen Nutzungen. Fehlende Magnetbetriebe, Schwächen im Branchenmix, geringe Attraktivität bei der Gestaltung des öffentlichen Raums oder auch Probleme in Fragen von Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung führen in der Folge vielerorts zu sinkenden Kundenfrequenzen, zunehmenden Leerständen, Attraktivitätsverlusten und zum Wertverlust von Immobilien. Hingegen wird das Wohnen in innerörtlichen Lagen wieder verstärkt nachgefragt.

Strategische Planung für Kommunen immer wichtiger

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Innenstädten und Ortskernen haben sich Instrumente wie Einzelhandelskonzepte, Stadt- und Citymarketing, Quartiers- und Leerstandsmanagement in der Praxis bewährt. Das vom Land geplante Gesetz zur Einrichtung von „Business Improvement Districts (BIDs)“ kann zusätzliche Impulse zur städtebaulichen Verbesserung und Stärkung von Geschäftsbereichen und anderen Quartiersformen setzen.

Bedeutung des Onlinehandels nimmt zu

Für Niedersachsens stationären Einzelhandel werden im Jahr 2020 Umsatzeinbrüche bis zu 15 Prozent gegenüber dem Jahr 2013 prognostiziert. Der Marktanteil des Onlinehandels am gesamten Einzelhandel könnte dann bis zu 25 Prozent betragen. Rund 70 Prozent der Händler haben aber noch keinen digitalen Vertriebskanal.

Erreichbarkeit als Standortfaktor verstehen und sichern

Die Erreichbarkeit spielt eine zentrale Rolle in Hinblick auf die Attraktivität von Innenstädten und Ortskernen. Der Kunden-, Liefer- und Dienstleistungsverkehr ist für die Funktionsfähigkeit der Stadt als Wirtschaftsstandort wesentlich. Gerade hier, aber auch insgesamt ist der Straßenverkehr nach wie vor der wichtigste Verkehrsträger.



Was zu tun ist

Attraktive Zentren und quartiersnahe Versorgungsstrukturen erhalten

Die zentralen Leitfunktionen – Handel, Dienstleistungen, Gastronomie, Freizeit, Kultur – sind zu erhalten und zu entwickeln. Attraktive Zentren und quartiersnahe Versorgungsstrukturen müssen gesichert bzw. gestärkt werden. Die Kommunen und die innenstadtrelevanten Akteure wie Einzelhandel und Immobilieneigentümer müssen hierzu standortangepasste Handlungsstrategien anwenden. Eine enge Kooperation zwischen öffentlicher Hand und privaten Akteuren ist für ein abgestimmtes werbliches Auftreten und für die gemeinsame Bewältigung struktureller Probleme vor Ort wichtig. Städte und Gemeinden sollten Werbe- und Quartiersgemeinschaften sowie Stadtmarketingkreise bei Aktivitäten zur Stärkung ihrer Innenstädte und Ortszentren unterstützen. Nach Inkrafttreten des niedersächsischen BID-Gesetzes müssen Städte und Gemeinden eng mit lokalen BID-Initiativen zusammenarbeiten und diesen – soweit erforderlich – Einblick in Grundstücksstrukturen und Eigentumsverhältnisse gewähren. Private Initiativen sollten in der Startphase rückzahlbare Fördermittel erhalten können.

Großflächigen Einzelhandel steuern – Einzelhandelskonzepte aufstellen

Zur Sicherung der Standortqualität und Attraktivität von Innenstädten und Ortszentren sowie zur Stärkung der Planungssicherheit ansässiger Betriebe sollten Kommunen großflächige Einzelhandelsvorhaben steuern. Dabei sollte eine klare Aufgabenverteilung zwischen Außen- und Innenstandorten die Maßgabe sein. Für die Verträglichkeit und Zulässigkeit von Einzelhandelsgroßprojekten sind von der Raumordnung übergeordnete klare Kriterien zu entwickeln, die schädliche Auswirkungen neuer Einzelhandelsgroßprojekte auf zentrale Versorgungsbereiche und auf gewachsene Versorgungsstrukturen vermeiden helfen sowie der Zersiedelung der Landschaft entgegenwirken. Kommunale Eigeninteressen dürfen sich nicht zum Nachteil benachbarter Kommunen auswirken. Einzelhandelskonzepte sollten von allen Kommunen aufgestellt und als verbindliche, strategisch ausgerichtete Grundlage für Entscheidungen über die Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten genutzt werden. Dabei sind nach Baugesetzbuch besonders schützenswerte zentrale Versorgungsbereiche festzulegen. Weil Investoren und Betreiber Ansiedlungsmöglichkeiten über die kommunale Grenzen hinweg vergleichen, sind kommunale Einzelhandelskonzepte in regionale Entwicklungskonzepte einzubinden und regelmäßig fortzuschreiben.

7. Innenstädte und Handel

Onlinehandel als Herausforderung und Chance begreifen

Der Handel muss sich mit flexiblen und aufeinander abgestimmten Vertriebskanälen auf ein verändertes Kundenverhalten einstellen. Hierzu ist die Vermittlung digitaler Kompetenz unerlässlich. Land und Kommunen sollten eine entsprechende Aufklärungsarbeit fördern.

Innenstadt als Wohnraum (re)konstruieren

Die Renaissance der Innenstädte als Wohnstandort ist deutlich erkennbar. Die kommunalen Planungsämter sollten daher ihre Bauleitplanungen in regelmäßigen Abständen überprüfen und der aktuellen Nachfrage anpassen. Während es in der Fläche darum gehen muss, Leerstände zu vermeiden und eine verträgliche Nachnutzung zu gewährleisten, ist in den Städten ausreichend Fläche für den Wohnungsbau zu mobilisieren.

Erreichbarkeit unkompliziert und günstig ermöglichen

Eine gute Erreichbarkeit von Innenstädten setzt voraus, dass neben einem attraktiven ÖPNV-Angebot und einer leistungsfähigen Radverkehrsinfrastruktur auch die Bedarfe des motorisierten Individualverkehrs mindestens gleichrangig berücksichtigt werden. Hierzu muss im Innenstadtbereich eine ausreichende Zahl von Parkplätzen angeboten werden. Mobilitätsbeschränkende Maßnahmen (z. B. City-Maut, flächendeckende Tempo-30-Zonen, generelle Lkw-Durchfahrtsverbote), lehnt die Wirtschaft ab. Statt auf Verbote sollte auf Maßnahmen gesetzt werden, die den Stadtverkehr verflüssigen. Die Innenstädte müssen auch für Wirtschaftsverkehre weiter erreichbar sein, um notwendige Ver- und Entsorgungsfunktionen erfüllen zu können. Ein Parkraummanagement ist einerseits mit Blick auf den fördernden Umschlag, andererseits aber auch mit Blick auf eine kundenfreundliche Parkhöchstdauer verträglich zu gestalten. Der Einsatz sogenannter „Brötchentasten“ für den Schnelleinkauf ist zu prüfen.

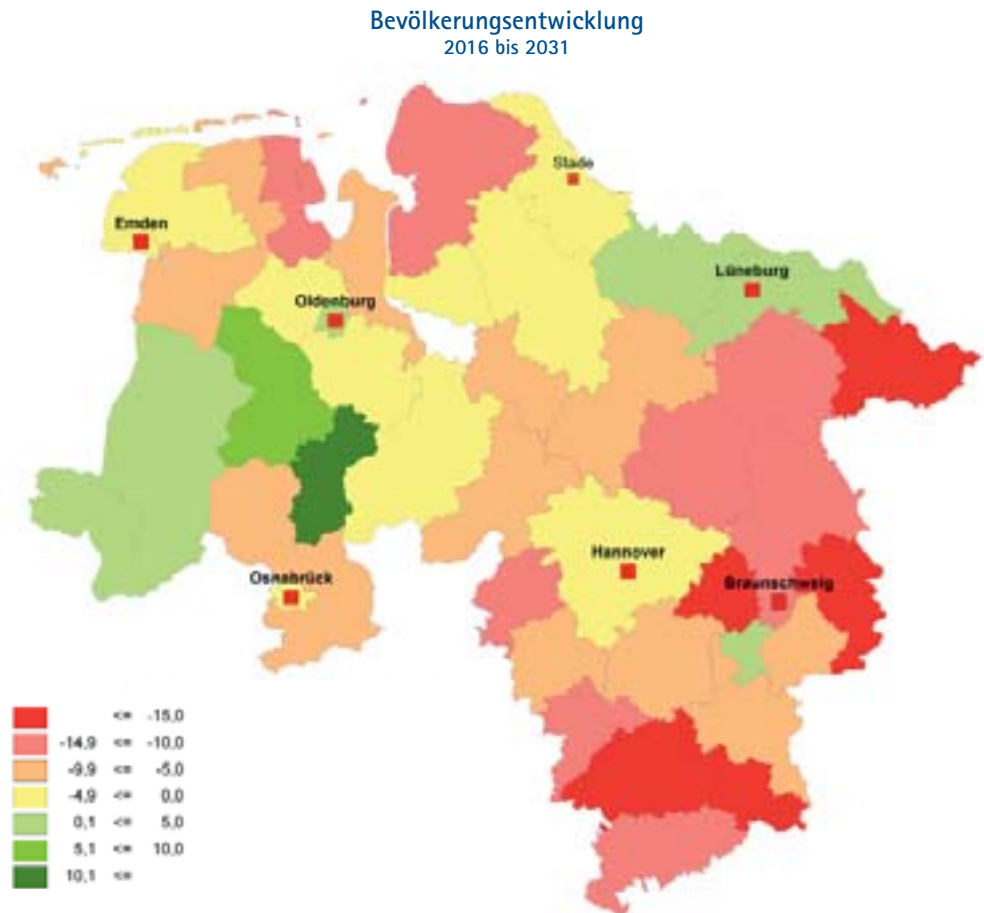


Was die IHKs tun

- Wir sind als Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung von Bauleitplanungen, Baugenehmigungsverfahren, Verkehrsvorhaben und übergeordneten Raumordnungsverfahren beteiligt.
- Wir bewerten großflächige Einzelhandelsvorhaben nach raumordnerischer und städtebaulicher Verträglichkeit.
- Wir beraten und unterstützen bei der Aufstellung bzw. Entwicklung informeller Planungs- und Standortförderinstrumente (Einzelhandelskonzepte, Regionale Entwicklungskonzepte, Stadt- und Citymarketing, Leerstandsmanagement, BIDs).
- Wir initiieren und unterstützen Standortgemeinschaften und Quartiersinitiativen.
- Wir erarbeiten Informationsmaterialien wie den Leitfaden „Kommunale Einzelhandelskonzepte – ein wirkungsvolles Instrument für lebendige Städte und Gemeinde in Niedersachsen“ oder stellen Standortprofile/Standortmonitore bereit.
- Wir sensibilisieren die Unternehmen für das Thema Onlinehandel durch Informationen und Veranstaltungen.
- Wir führen Veranstaltungen zur Professionalisierung des Stadtmarketings durch.

8. Standortmarketing verbessern – Fachkräfte sichern

Der Fachkräftemangel ist bereits heute in Teilen der niedersächsischen Wirtschaft sichtbar. Bis auf wenige Ausnahmen wird in weiten Teilen von Niedersachsen die Bevölkerung bis zum Jahr 2030 schrumpfen. Vor allem Südniedersachsen ist von dieser Entwicklung betroffen. Das wird den Fachkräftemangel in Zukunft verstärken. Neben einer gesteuerten Zuwanderung gewinnt dadurch auch das Standortmarketing eine stärkere Bedeutung.



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Wie es ist

Demografischer Wandel verschärft Fachkräftemangel

Die demografische Entwicklung wird den Fachkräftemangel in Zukunft verstärken. Im Wettbewerb um Fachkräfte und Unternehmen setzen die Kommunen bereits jetzt auf eine gezielte Außendarstellung. Das kann bei der Anwerbung aus anderen Bundesländern oder dem Ausland helfen oder der heimischen Bevölkerung die Vorteile der Region aufzeigen. Trotzdem verliert Niedersachsen noch zu viele Fachkräfte an Süddeutschland. Nach dem Studium entscheiden sich viele für den Berufseinstieg in anderen Bundesländern.

Weiche Standortfaktoren gewinnen an Bedeutung

Neben harten Standortfaktoren wie der Infrastruktur gewinnen weiche Standortfaktoren für Unternehmen zunehmend an Bedeutung. Für junge Fachkräfte spielen neben dem Lohn- und Gehaltsniveau auch die Lebensqualität und die soziale Infrastruktur eine Rolle.



8. Standortmarketing verbessern – Fachkräfte sichern

Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat größeren Stellenwert

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mittlerweile einer der wichtigsten weichen Standortfaktoren. Vor allem in ländlichen Regionen ist die Vereinbarkeit ein Problem. Bei erfolgreichen Maßnahmen kann sie jedoch zu einem echten Standortvorteil der Kommune werden. In der öffentlichen und politischen Diskussion steht der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur oben auf der Agenda. Tatsächlich konnten erste Erfolge erzielt werden. So konnte in Niedersachsen im Zeitraum 2006 bis 2015 die Zahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen mehr als verdreifacht, in Deutschland verdoppelt werden. Diese Steigerung spiegelt sich auch in gestiegenen Betreuungsquoten wider. Trotz der positiven Entwicklung benötigen Arbeitnehmer und Unternehmen einen weiteren Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Diese schließt auch die Betreuung Älterer mit ein. In der Pflegebranche verdeutlicht der bereits vorherrschende Fachkräftemangel die Notwendigkeit eines Ausbaus.

Regionale Fachkräfteinitiativen bewerben den Standort
Mit der landesweiten Fachkräfteinitiative hat die Landesregierung einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Mit den regionalen Fachkräfteinitiativen ist zudem eine Verankerung in den Regionen gelungen. Die Landkreise und kreisfreien Städte sowie Kommunen engagieren sich in den Initiativen.



Was zu tun ist

Standortmarketing verstärkt einsetzen und weiter fokussieren

Die Kommunen sollten ihre Anstrengungen im Bereich des Standortmarketings noch weiter verstärken. Durch eine gezielte Außendarstellung können die Kommunen die Attraktivität ihres Standortes interessierten Fachkräften und Unternehmen präsentieren. Dazu ist es notwendig, dass sie ihre Stärken und Schwächen kennen. Der Fokus des Standortmarketings sollte auf den Stärken liegen, mit Schwächen ist jedoch offen umzugehen.

Kooperationen mit anderen Kommunen und Einrichtungen suchen

Gerade kleinere Kommunen können nicht alle weichen Standortfaktoren abdecken. Die Zielsetzung alle zusätzlichen Bedürfnisse erfüllen zu wollen, kann hier zu einer Überforderung führen. Kleinere Kommunen in ländlichen Regionen sollten daher verstärkt auf Kooperationen mit Nachbargemeinden oder Einrichtungen setzen. Nur im Verbund können die Kommunen gestärkt in den Wettbewerb um Fachkräfte und Unternehmen gehen.

Fachkräfteinitiativen stärken

Die regionalen Fachkräfteinitiativen leben vom Engagement der Mitglieder, aber auch von den zur Verfügung stehenden Fördermitteln. Die Kommunen sollten sich gemeinsam mit den anderen Partnern für eine sinnvolle Verwendung der Fördermittel einsetzen. Das große Engagement der Partner muss sich auch in realen Projekten und Vermittlungserfolgen widerspiegeln. Das kann aber nur über ausreichende Projektmittel und einen schlanken Antragsprozess gelingen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter stärken

Die Kommunen konnten die Betreuungssituation bei den Kindern unter 3 Jahren in den letzten Jahren deutlich verbessern. Bei den Altersgruppen 3 bis 6 und 6 bis 11 Jahren stagnieren die Betreuungszahlen in Niedersachsen im Zeitraum 2006 bis 2015 jedoch, während sie in Deutschland insgesamt verdoppelt wurden. Diese Altersgruppen dürfen nicht vergessen werden. Betrachtet man das Niveau der Betreuungsquoten in Niedersachsen (20 - 30 Prozent), besteht gegenüber den ostdeutschen Bundesländern (50 Prozent und mehr) noch deutlicher Aufholbedarf. Auch vor dem Hintergrund der jungen Flüchtlinge und des etwaigen Familiennachzugs gilt es, den begonnenen Weg weiterhin konsequent zu gehen und den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur weiter zu forcieren. Erfolge sollten offensiv über das Standortmarketing beworben werden.

Weitere Standortfaktoren nicht aus dem Auge verlieren

Neben derzeit wichtigen Standortfaktoren wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollten die anderen Standortfaktoren nicht vernachlässigt werden. Für potenzielle Fachkräfte zählen auch die Bildungs- und Freizeitangebote, das Wohnangebot oder die medizinische Versorgung. Für Unternehmen sollte ein wirtschaftsfreundliches Klima geschaffen werden. Auch die harten Standortfaktoren wie Infrastruktur oder die Höhe der Steuern sind von Bedeutung und spielen im Standortmarketing eine wichtige Rolle. Nur wo eine gesunde Wirtschaftsentwicklung passiert, kann das Interesse von anderen Unternehmen und Fachkräften geweckt werden.

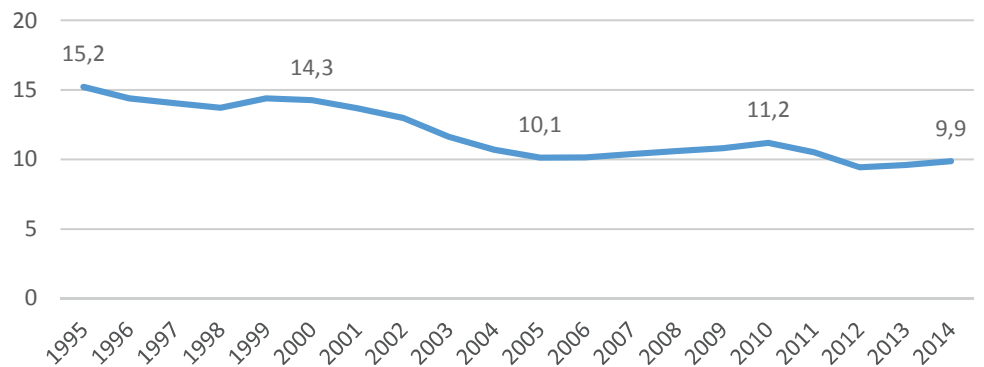
Was die IHKs tun

- Wir befragen die Unternehmen regelmäßig zur Wichtigkeit und Zufriedenheit mit den regionalen Standortfaktoren. Die Ergebnisse werden von uns veröffentlicht und mit den politischen Entscheidungsträgern diskutiert.
- Wir betreiben selbst für den jeweiligen IHK-Bezirk Standortmarketing und bewerben die Vorteile der Regionen, stellen aber auch Verbesserungspotenziale heraus.
- Wir unterstützen Unternehmen beim Aufbau eines Arbeitgebermarketings. Das hat positive Auswirkungen auf das gesamte Standortmarketing.
- Wir behalten die Entwicklung der Regionen mit Analysen, statistischen Auswertungen und persönlichen Gesprächen im Auge.
- Wir stehen den Kommunen als Ansprechpartner für Belange der regionalen Wirtschaft zur Verfügung.
- Wir helfen bei der Vernetzung der kommunalen Akteure untereinander und unterstützen beim Standortmarketing der Kommunen durch unsere Produkte und Beratungsdienstleistungen.

9. Kommunale Wirtschaftsförderung stärken

Unternehmen benötigen vor allem schnelle Entscheidungen, um handlungsfähig zu sein, Innovationen voranzutreiben und im Wettbewerb zu bestehen. Städte, Kreise und Gemeinden konkurrieren um die Gunst von Investoren, Unternehmen und Einwohnern. Eine strategisch angelegte Wirtschaftsförderung trägt dazu bei, diese verschiedenen Zielgruppen gleichermaßen im Blick zu haben und an den Standort zu binden. Eine Wirtschaftsförderung kann auch Mittler bei divergierenden Interessen zwischen Unternehmen und Einwohnern sein.

Kommunale Investitionsquote in Deutschland
(Sachinvestitionen an Bruttoausgaben der Gemeinden)



Quelle: Bundesstatistik

Wie es ist

Kommunale Zukunftsinvestitionen gering

Die Kommune trägt vor allem durch gute Rahmenbedingungen dazu bei, dass die Wirtschaft vor Ort florieren kann. Wirtschaftsnahe Investitionen – etwa in den Ausbau und die Sanierung von Straßen, die Ortskernentwicklung oder die Entwicklung neuer Industrie- und Gewerbeflächen sowie deren Breitbandanbindung – sind dafür wichtige Voraussetzungen. In den Kommunen ist seit Jahren ein deutlicher Rückgang der Investitionen zu verzeichnen. Der Investitionsstau zeigt sich an den Investitionsquoten im kommunalen Bereich. Der Anteil der Sachinvestitionen an den bereinigten Gesamtausgaben nahm seit 1992 kontinuierlich ab und liegt seit 2004 ziemlich konstant bei 10 Prozent – und damit auf der Hälfte des Niveaus von Anfang der 1990er Jahre.

Neue Förderkulisse mit geringeren Mitteln

Neben der Vermarktung von Gewerbeflächen liegt ein Schwerpunkt der kommunalen Wirtschaftsförderung in der Beratung und Betreuung von ansässigen Unternehmern und Investitionswilligen. Dabei geht es vielfach um die Akquisition von Fördermitteln. Hier stehen in der EU-Förderperiode 2014 – 2020 deutlich weniger Mittel zur Verfügung als zuvor. Das

Land Niedersachsen verfolgt einen Multifonds-Ansatz und verbindet dabei die Fördergegenstände aus der EFRE- und der ESF-Förderung, um Synergien zu erzielen und die zur Verfügung stehenden Mittel auf Kernziele wie Innovationsförderung, Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Sicherung des Fachkräftebedarfs zu konzentrieren.

Strategische Konzepte und Zusammenarbeit nicht immer gegeben

Qualität und Intensität der einzelnen kommunalen Förderaktivitäten sind sehr unterschiedlich. Zugleich müssen sich größere Teilregionen als Ganzes präsentieren und zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderer gewinnt vor diesem Hintergrund einen neuen Stellenwert.

Bürokratie hemmt Wachstum

Staatliche Bürokratie bindet personelle und finanzielle Ressourcen in den Betrieben. Sie ist damit ein erheblicher Kostenfaktor und bremst Wachstum und Beschäftigung – auch in den Kommunen. Betroffen sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen.



Was zu tun ist

Investitionen in den Standort nicht vernachlässigen
 Investitionen sichern die Zukunftsfähigkeit eines Standortes.
 Daher sollten Kommunen in ihren Haushalten ihre Investitionen in wirtschaftsfördernde Projekte zu Lasten rein konsumtiver Ausgaben erhöhen.

Mittel bündeln

Vor dem Hintergrund der knapper gewordenen Fördermittel ist es sinnvoll, begrenzte Mittel und Kapazitäten zu bündeln. Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der ansässigen Wirtschaft ist dem Thema Innovation mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Durch die Verknüpfung von Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik und klassischer Wirtschaftsförderung können vielfach neue Potenziale gehoben werden.

Strategien erarbeiten und Kooperationen eingehen
 Kommunen sollten, ähnlich wie Unternehmen, ihre Stärken und Schwächen sowie ihre Chancen und Risiken kennen. Auf dieser Basis lassen sich Strategien entwickeln und besondere Alleinstellungsmerkmale herausarbeiten, die Leitlinie für die konkrete kommunale Wirtschaftspolitik sein sollten. In der Region kann und sollte nicht jede Kommune alles aus eigener Hand anbieten. Parallelarbeit und Doppelstrukturen sollten vermieden und stattdessen strategische Kooperationen geschlossen werden. Chancen bietet hier die Zusammenarbeit in den Metropolregionen oder Wachstumsregionen, in denen Projekte von Kommunen unterschiedlicher Größe und Aufstellung gemeinsam und oftmals länderübergreifend durchgeführt werden können.

9. Kommunale Wirtschaftsförderung stärken

Bürokratie abbauen

Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren belasten vor allem mittelständische Unternehmen. Kommunen sollten die Beschleunigung derartiger Verfahren vorantreiben. Die elektronische Abwicklung von Verwaltungsvorgängen (E-Government) kann Unternehmen und Kommunen dabei helfen, Zeit und Kosten zu sparen.

Bestandspflege betreiben

Die kommunale Wirtschaftsförderung ist neben der IHK Dienstleister für die örtlich ansässigen Betriebe. Zur Sicherung und zum Ausbau des Unternehmensbestandes sollte vor Ort eine gute Beratungsinfrastruktur bestehen, ohne dass Doppelstrukturen geschaffen werden. Dafür empfehlen sich der Aufbau von Beratungsnetzwerken sowie ein enger Kontakt zu den Wirtschaftskammern. Neben der persönlichen Kontaktpflege können regelmäßige und professionelle Evaluationen Aufschluss darüber geben, ob die Unternehmer mit dem Standort zufrieden sind und welche Angebote/Leistungen sie von kommunaler Seite erwarten.

Vermittlung zwischen Unternehmen und Einwohnern

Vermeintlich gründen sich gerade bei Großprojekten Bürgerbeteiligungen oder Bürgerforen. Hier treffen Wirtschaft und Bevölkerung aufeinander, die unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen: Unternehmen, die schnelle wirtschaftsnahe Entscheidungen sowie Umsetzungen einfordern und die Bevölkerung, die Mitsprache und Mitgestaltung auch außerhalb formeller Planungsverfahren beansprucht und häufig auf eine Beibehaltung des Status quo besteht. Eine gute Wirtschaftsförderung muss hier Mittler zwischen diesen beiden divergierenden Interessen sein und zügig Lösungswege aufzeigen.



Was die IHKs tun

- Wir analysieren Standortfaktoren, führen Unternehmensumfragen durch und informieren Wirtschaftsförderer, u.a. über (kartenbasierte) Online-Statistikinformationen.
- Wir unterstützen als Mitglied im Begleitausschuss bei der Umsetzung der EU-Förderung und bringen die Anliegen der Wirtschaft in die Weiterentwicklung der Förderkulisse ein.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Antragstellung und Abwicklung von Förderprojekten möglichst praxisnah und unbürokratisch ermöglicht werden.
- Wir vermitteln Unternehmen einen Überblick über die zur Finanzierung ihrer Vorhaben in Frage kommenden öffentlichen Förderprogramme.
- Wir geben gegenüber NBank, NBB, KfW, dem Land und der Agentur für Arbeit fachkundige Stellungnahmen zu Vorhaben unserer Mitgliedsunternehmen ab.
- Wir unterstützen bei der Unternehmensnachfolge sowohl die Seniorunternehmer als auch die potenziellen Gründer mit Leitfäden, Einzelberatungen, Seminaren, Sprechtagen sowie einer kostenlosen Unternehmensbörse.

Notizen
